

DER POPULÄRE DONALD TRUMP

Thomas Hecken



10

Als wir vor gut fünf Jahren diese Zeitschrift planten, mussten wir uns entscheiden, ob es nur um Popmusik, Pop-Art, Popdiskurs, Popdesign gehen sollte oder ebenfalls um Fragen der populären Kultur. Dass wir auch der Populärkultur ihren Platz zugestanden haben, hat sich insofern rasch als richtige Entscheidung herausgestellt, als Debatten rund um Nation und Volk heute forciert geführt werden. Grundsätzlich ist das keine Überraschung. In Zeiten, in denen staatliche Institutionen in mannigfacher Weise das Leben der Bevölkerung steuern und Nationen ihre Politik daraufhin ausrichten, die eigene Bilanz in Sachen Wirtschaftswachstum und internationaler Machtausübung zu verbessern, besteht die politische Diskussion unablässig aus der Bewertung, ob die Entscheidungen zum Wohl oder Wehe des Nationalvolks ausfallen.

Kooperationen, Bündnisse, Freihandelsabkommen, partielle Grenzöffnungen sind immer auch Mittel, Vorherrschaft oder Absicherung zu erreichen. Sie stellen darum nicht das Ende nationaler Konkurrenz dar, auch wenn die offiziellen, diplomatischen Reden sich zumeist im Lob der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Vorteils ergehen. Aushandlungen und Konflikte innerhalb von Nationalstaaten über das richtige Maß an Souveränität, Internationalität, freiem Warenverkehr, Migrationssteuerung etc. stehen folgerichtig fast jederzeit auf der Tagesordnung. Überraschen kann nur (oder freilich) das Ausmaß und die inhaltliche Prägung solcher Auseinandersetzungen. Mit Blick auf die Themen unserer Zeitschrift gesagt: Überraschend fällt mitunter der Zuschnitt der

Die Zeitschrift »Pop. Kultur und Kritik« analysiert und kommentiert die wichtigsten Tendenzen der aktuellen Popkultur in den Bereichen von Musik und Mode, Politik und Ökonomie, Internet und Fernsehen, Literatur und Kunst. Die Zeitschrift richtet sich sowohl an Wissenschaftler und Studenten als auch an Journalisten und alle Leser mit Interesse an der Pop- und Gegenwartskultur.

»Pop. Kultur und Kritik« erscheint in zwei Ausgaben pro Jahr (Frühling und Herbst) im transcript Verlag. Die Zeitschrift umfasst jeweils 180 Seiten, ca. 20 Artikel und ist reich illustriert.

»Pop. Kultur und Kritik« kann man über den Buchhandel oder auch direkt über den Verlag beziehen. Das Einzelheft kostet 16,80 Euro. Das Jahresabonnement (2 Hefte: März- und Septemerausgabe) kostet in Deutschland 30 Euro, international 40 Euro.

Auseinandersetzungen und Konjunkturen innerhalb der Populär- sowie in kleinerem Maße manchmal auch in der Popkultur aus. Besonders im Bereich der Populärkultur geht es fortwährend um die Bestimmung, was das Volk substantiell ausmache und wer zu ihm gehöre.

Mit der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA haben die Reden darüber eine neue Qualität gewonnen, schließlich handelt es sich um die

führende Wirtschafts- und Militärmacht der Welt. Diese Weltmacht gibt sich in Gestalt Trumps zwar bloß das übliche nationale Programm vor, die eigene Macht und den eigenen Wohlstand zu mehren, die zugrundeliegende Bilanz ist jedoch außergewöhnlich: »We've made other countries rich while the wealth, strength, and confidence of our country has disappeared over the horizon«, stellte Trump in seiner Antrittsrede fest. Die neue Regierung der USA vertritt die Auffassung, alle anderen hätten von ihrer Weltmacht profitiert, nur sie selbst nicht, und leitet daraus selbstverständlich den Auftrag ab, dies zu ändern. Ob Trump fähig sein wird, seinen bemerkenswert undiplomatischen Reden z.B. entsprechend gravierende wirtschaftspolitische Taten gegenüber der EU und China folgen zu lassen, darf man bezweifeln, dennoch reicht es natürlich mehr als aus, dass er nach seinen Äußerungen ins Amt gewählt wurde, um sie grundsätzlich ernst zu nehmen.

Eine Zwischenbilanz zu Trump und dem, was sich zu seiner Wahl nach Maßgabe der Populärkulturforschung sagen lässt, ist deshalb unumgänglich, selbst wenn man sich wünschen würde, bloß heiteren und hedonistischen Pophemen Aufmerksamkeit widmen zu können. Innerhalb des ersten Themenfelds trägt immerhin zur Abwechslung bei, dass es eine Vielzahl recht unterschiedlicher populärkultureller Zugänge gibt. Die Traditionen des Redens über populäre Kultur sind zahlreich, sie bieten darum in ihrer Gesamtheit einige Anregungen – populäre Kultur quantitativ bestimmt, essentiell, karnevalesk, hegemonial, medial, unterhaltsam, kulturindustriell.

Um mit Ziffern anzufangen: Nach der quantitativen Bestimmung populärer Kultur zählt dazu, wer nach einer Wahl weit oben in den Charts steht. Zum politisch-demokratischen Verfahren gehört, dass jedes wahlberechtigte Individuum nur einmal wählen darf (im Unterschied etwa zu Kauf-Charts, in die auch mehrfache Käufe desselben Gegenstands durch eine Person sowie durch Institutionen eingehen). Bei der Präsidentschaftswahl ergab die Auszählung: Trump 62.985.105, Clinton 65.853.625, Gary Johnson knapp 4,5, Jill Stein knapp 1,5, andere Kandidaten ca. 2 Millionen Stimmen. Dieses Ergebnis heißt im US-amerikanischen Sprachgebrauch »popular vote«. Das Volk ist hier das Wahlvolk. Sieger des »popular vote« ist demnach nicht Trump, sondern Hillary Clinton. Man kann noch weiter gehen und feststellen: Bei ungefähr 250 Millionen Einwohnern, die sich im wahlfähigen Alter befinden, und ca. 231 Millionen Wahlberechtigten ist offenkundig die Nichtbeteiligung bzw. Wahlverweigerung am populärsten.

»Popular vote« entscheidet jedoch nicht über die Präsidentschaft, sondern ein ausgeklügeltes System, nach dem ein »electoral college« abstimmt – eine Variante in der langen Geschichte, sich in der Demokratie vor den oftmals gefürchteten »Massen« der Besitzlosen und Ungebildeten zu schützen: Wahlrecht nur für Eigentümer, Selbstständige, Männer, Erwachsene; viele unterschiedliche Regeln für die Wählerregistrierung und Wahlkreiszuschnitte;

repräsentative Demokratie mit Abgeordneten und Exekutivspitzen, die nur ihrem ›Gewissen‹ oder dem ›Allgemeinwohl‹ unterliegen.

Andererseits bewirkt das US-amerikanische Wahlsystem bisher zuverlässig, dass sich zwei Massen gegenüberstehen (solange die Nicht-Wähler keine bemerkbar eigene bilden und sich in vielen einzelnen Bundesstaaten keine regionalen Kandidaten durchsetzen; in beiden Fällen drohte am Ende Sezession bzw. Bürgerkrieg). Zumindest angesichts des Stimmzettels spaltet sich der wählende Teil des US-Nationalvolks regelmäßig und bildet auch außerhalb der Wahlkabine zwei virtuelle Massen, die bei seltenen – Republikaner demonstrieren offenbar nicht gerne – Aufzügen und Versammlungen in kleinem Maßstab als räumliche Mengen greifbar werden und gegeneinanderstehen. Wegen der aggressiven Rhetorik und reaktionären Politik Trumps sind dennoch zahlreiche Konflikte zu erwarten; ausgerechnet der amoralische, höchst egoistische Kapitalist gibt den Protagonisten des frömmelnden Patriotismus; spätestens wenn er erste stark umstrittene Gesetzesvorhaben durchgesetzt hat, könnte sich militanter Widerstand von libertärer und anarchistischer Seite entwickeln.

Geradezu perfekt manifestiert sich die Spaltung im Reich der Meinungen: manisch, eine eminente Gefahr für die Demokratie, lächerlich – das sind einige der häufig gebrauchten Einschätzungen vieler Gegner Trumps auch zu Beginn seiner Präsidentschaft. Auffällig ist die ungebrochene Bereitschaft, es nicht einmal bei politischen Maximalurteilen und -prognosen zu belassen, sondern fortwährend persönliche, pathologisierende Anwürfe zu äußern. Wenn Clinton gewählt worden wäre, hätte sie sich mindestens Vergleichbares anhören dürfen.

Ungeteilt ist die Popularität der Kandidaten der zwei Parteien deshalb nur in Charts, die mediale Präsenz und Rezeption oder alltägliche Gesprächsthemen bilanzieren, dort stehen beide auf Platz 1. Wahrscheinlich stünden sie auf Platz 1 auch in Meinungsumfragen zu den unbeliebtesten Personen. Zwar muss die Beliebtheit der einen nicht automatisch die Abneigung gegenüber dem anderen (und umgekehrt) bedeuten, noch viel weniger geht hier aber allgemeine Bekanntheit mit überwiegender Beliebtheit einher. Das Wahlergebnis formiert schließlich die weitgehende Zweiteilung: Wie in den Jahrzehnten zuvor kamen Republikaner und Demokraten 2016 auf Stimmanteile nahe 50% (Clinton: 48,1%; Trump: 46%).

Diese offizielle Auskunft reicht den Berichterstattern und Kommentatoren allerdings nie aus. Die Wahl der gleichberechtigten Bürger (jeder verfügt über eine Stimme, mittlerweile prinzipiell ungeachtet von ›class, race, gender‹) gerät für sie rasch zum Fest der Unterschiede. Wie viele Frauen welcher Konfession, welchen Einkommens etc. haben wen gewählt; wie sah es bei Männern mit College-Abschluss aus, etc.? Biologische und soziokulturelle Prägungen rücken an die Stelle der freien Wahl. Die quantitativ ermittelte Populärkultur weicht den Qualitäten von Herkunft, Kultur, ›Ethnie‹, Geschlecht, sie wird dadurch momentan zur alten ›Volkskultur‹.

Das substantiell bestimmte Volk oder Geschlecht mit der ihm ›wesens-eigenen Kultur‹ tritt aber sofort wieder in den Hintergrund, wenn es darum geht, Unterschiede zur vorherigen Wahl herauszustellen. Auch katholische Männer und angestellte Afroamerikanerinnen können ihr Kreuz einmal in einer anderen Spalte machen, findet man heraus. Völlig bestimmend wirkt sich die jeweilige Volkskultur oder biologische Essenz also doch nicht aus.

Die qualitativ bestimmte Populärkultur bekommt jedoch erneut ihr Vrecht zurück, wenn die Analysen sich auf die Aussage verkürzen, die ›weißen‹, männlichen Arbeiter hätten Trump zum Präsidenten gemacht. Entscheidend ist in unserem Zusammenhang nicht, dass dabei übergangen wird, wie viele Akademiker z.B. ihn ebenfalls gewählt haben (43% mit College-Abschluss votierten für Trump, von den ›weißen‹ Wählern mit College-Abschluss entschieden sich nach einer Umfrage von Edison Research 49% für ihn), sondern die Konzentration auf bestimmte Wechselwähler: Da einige der ›white trash‹-Angehörigen diesmal in den ›swing states‹ nicht wie zuvor bei Obama für die Demokraten votiert hätten, sei Trump als Sieger hervorgegangen, lautet das Argument. Die überwältigende Mehrheit der Wähler, die ungeachtet der Person für den Kandidaten ›ihrer‹ Partei stimmte, wird dadurch in ihren Handlungen als gegeben vorausgesetzt – als müssten sie nicht mehr weltanschaulich gewonnen werden, als sei es eine Selbstverständlichkeit, dass sie erneut ihr republikanisches oder demokratisches Kreuz machten, als handle es sich um einen Ausdruck ihrer kaum veränderbaren Kultur (was den Wesens- und Natürlichkeitsvorstellungen der ›Volkskultur‹-Anhänger einigermaßen nahe kommt).

16

Trump selbst überbot das, indem er – als die Prognosen für ihn mäßig ausfielen – die kommende Wahl in ihrer Legitimität anzweifelte. Wenn er die Wahl verliere, müsse es sich um einen Betrug handeln, konnte er im Brustton der Überzeugung ausführen, weil er vorgab zu wissen, was das ›wahre Volk‹ (das nicht mit dem Nationalvolk identisch ist) wolle. Auf dieses Wissen will er sich aber nicht völlig verlassen. Er möchte keineswegs nur für symbolische Grenzziehungen sorgen, sondern eine »beautiful wall« errichten (wodurch die Mauer zwischen DDR und BRD, die zwei feindliche Gesellschaftssysteme und atomar gerüstete Militärblöcke im ›Kalten Krieg‹ voneinander trennte und nicht Angehörige verschiedener ›Kulturen‹, vielleicht in ein neues, etwas ›schöneres‹ Licht rückt).

›Volkskultur‹-Überzeugungen verbinden sich wegen der rassistischen und/oder kulturalistischen Abgrenzung mit dem, was häufig unter ›Populismus‹ abgebucht wird. Auch ›Populismus‹ wird oft als Anschauung definiert, die versucht, Anhänger zu versammeln und zu mobilisieren, indem sie diese als ›wahres Volk‹ aufruft. Die Grenzziehung besitzt aber ihre Bedeutung nicht bloß gegenüber einem geografisch lokalisierten ›Außen‹ (das freilich erst insofern wieder hergestellt werden müsse, als dessen mobil gewordene ›kultur-fremde‹ Agenten gerade dabei seien, das ›Innen‹ zu besetzen und nachhaltig

zu ›zersetzen‹, wenn man sie nicht massiv daran hindere, so die reaktionäre Maxime). Die Grenze wird von Populisten sogar gezogen, um Leute, die man nach eigenen Kriterien als ›ethnisch‹-kulturell zugehörig betrachtet, auszuschließen. Das ›wahre Volk‹ tritt dann – wie in der US-amerikanischen People's bzw. Populist Party um 1900 – als ›common man‹, als ›einfache Leute‹ oder spezifischer als ›kleiner Mann‹, gegen die städtischen, zumal finanzkapitalistischen, Eliten an. Wie leicht zu sehen, kann diese Tradition heutzutage auch von einem weltweit operierenden Immobilienunternehmer in Anspruch genommen werden (und benötigt nicht mehr eine agrarisch geprägte Partei mit ›grass roots‹-Anspruch): In seiner Antrittsrede stellte Trump »the people« hart gegen das »establishment«.

In seinen »Notes on Deconstructing ›the Popular‹« hat Stuart Hall 1981 ausgeführt, dass »popular culture« in besonderem Maße durch den Gegensatz von »popular forces« und »power bloc« bestimmt sei. Was »popular« und was ihr »collective subject« – »›the people‹« – sei, bleibe aber unbestimmt und historisch wandelbar. Es könne sich um eine »popular-democratic force« handeln; der Kampf um eine demokratisch-sozialistische Kultur (»›to construct a culture which is genuinely popular‹«) könne aber auch scheitern, denn die Gegenseite sei stets bemüht, »›the people‹« hegemonial zu formieren: als »›the people‹ who need to be disciplined more, ruled better, more effectively policed, whose way of life needs to be protected from ›alien cultures‹«. Darum bleibe »popular culture« (offenbar solange sie nicht ›wahrhaft‹ ist) ein Kampfplatz: »Popular culture is one of the sites where this struggle for and against a culture of the powerful is engaged: it is also the stake to be won or lost in this struggle.« Im Zuge der Niederlage gegen den »power bloc« bilde »›the people‹« eine »effective populist force, saying ›Yes‹ to power.« Im Lichte der historischen Erfahrungen (auch der jüngsten) könnte man anders als Hall aber auf die Idee kommen, die Berufung auf ›the people‹ sei stets der Ort, an dem sich eine »effective populist force«, die ›Ja‹ zur Macht sagt, bildet.

Trug die historische Populist Party ihren Namen noch mit Stolz, ist ›Populismus‹ in Deutschland, England und den USA fast bloß noch ein Wort, das seine Gegner bemühen. Besonders geläufig ist die Aussage, Populisten seien dadurch gekennzeichnet, ihre Versprechen nicht einhalten zu können – sie appellierten an Emotionen, stellten sich nicht der Realität mit ihren Sachzwängen. Ein sehr vertrautes, populäres Argument: Den Anschein von Alternativlosigkeit konnte in den letzten Jahrzehnten besonders jene Anschauung erzeugen, die wirtschaftsliberal und in der Außenpolitik militärisch-interventionistisch ausgerichtet ist.

Nun aber sehen diese Liberalen ihre Hegemonie bedroht. Ob sie mit ihrer Einschätzung richtig liegen, ist zweifelhaft. Zumindest kann man jetzt schon sicher vorhersagen: Was Trump zusammen mit den republikanischen

Abgeordneten am schnellsten wird durchsetzen können, sind Steuersenkungen (am größten natürlich für Wohlhabende und Unternehmen) und Reduzierungen staatlicher Regulierungen und Sozialprogramme, also wirtschaftsliberale Maßnahmen par excellence. Die angekündigten staatlichen Baumaßnahmen sollen zudem in Form der Public-Private-Partnership durchgeführt werden, dem sicheren Mittel unternehmerischer Renditesteigerung. Überraschend wäre auch, wenn sich nicht neue Möglichkeiten zur Destabilisierungs- und Interventionspolitik im Namen westlicher Werte finden ließen; der alte Feind Iran könnte erneut in den Mittelpunkt rücken; Provokationen im Chinesischen Meer sind ebenfalls zu erwarten.

Wegen der projizierten Schutzzölle und der vermutlichen Annäherung an Russland sehen viele Liberale dennoch ihre hegemoniale Position gefährdet. Angesichts ihrer vermuteten kommenden Niederlagen gibt es nun neben der Behauptung der ›Alternativlosigkeit‹ noch eine simple, rasch populär gewordene, medial ungemein erfolgreiche Variante, die einfach die Unwahrheit gegnerischer Äußerungen behauptet. Tatsächlich gibt es genügend Beispiele für falsche Behauptungen. Näher betrachtet, sind aber viele wichtige ›Fakten‹, die nach liberaler Auffassung missachtet werden, doch wieder nur die prognostizierten zukünftigen Missstände, in die man gerate, wenn man sich der wirtschaftsliberalen Ordnung und interventionistischen Außenpolitik verweigere.

20 Eine Variante dessen stellt die Auskunft dar, die Wähler hätten unwissentlich gegen ihre eigenen Interessen gestimmt. Die liberalen Vordenker verlieren an dieser Stelle auch aus dem Auge, welche starke, vollkommen bewusste Interessen durch die Verfolgung nationaler und chauvinistischer Ziele befriedigt werden. Manche Anhänger einer exklusiven Volks- und Nationalkultur können selbst eine langfristige Verfehlung solcher Ziele einigermaßen ertragen, wenn nur unablässig versucht wird, sie zu erreichen. Gewährleistet muss für sie allerdings sein, dass es einer ganzen Reihe Ausgegrenzter während dieser Bemühungen sichtbar schlechter geht.

Oder besser gesagt: hörbar schlechter geht. Im Gegensatz zu den liberalen, bürokratischen Maßnahmen, mit denen der US-amerikanische Staat seit Jahren routiniert und ohne große Verlautbarungen Abschiebungen illegaler Einwanderer durchführt (unter Obama die Rekordzahl von 2,5 Millionen Deportationen zwischen 2009 und 2015), die Aufnahme von Flüchtlingen auf ein sehr geringes Maß begrenzt und außerhalb der eigenen Grenzen Drohnen zu militärischen Todesschlägen nutzt, setzen die Populärkultur-Chauvinisten zusätzlich starke Übertreibungen, offene Drohungen, Witze auf Kosten anderer, Beleidigungen und Herabsetzungen ein. Indem sie gegen ›politisch korrekte‹ Sprachregelungen opponieren, können sie sich sogar vorübergehend einen freiheitlichen Anstrich verschaffen.

Einige Verfechter der Cultural Studies (von ihren Gegnern gerne als ›Cultural Populism‹ abgewertet) wie John Fiske haben das zum Teil als Signum

der populären Kultur herausgestellt: Die Vermischung von Fakten und Fiktionen, die boulevardesken Übertreibungen und Elemente spielerischer Rhetorik ermöglichten es den meritokratisch Abgehängten erst, eine eigene politische Sprache zu sprechen und nicht von den liberal-technokratischen Eliten mit ihrem ungreifbaren Vokabular und ihren Sachzwang-Standards zum Schweigen gebracht zu werden. Mit seinem ungewöhnlichen Kurzsatz- und Ellipsen-Stil, mit seinen Scherzen, Prahlereien und Beleidigungen hat Trump da den rechten, anti-elitären Ton bestens getroffen.

Dass er selbst für jeden sichtbar Teil der Elite ist, schadet ihm darum nicht. Seiner Art von Machtausübung, seiner Art von opulentem, demonstrativem Reichtum hätten sich Trumps Wähler auch nahe gefühlt, wenn er nicht bereits seit Jahrzehnten mit einigem Erfolg daran gearbeitet hätte, zur massenmedialen Marke, zur ›Brand‹ aufzusteigen. Zudem hat ihn ein Großteil genau deshalb gewählt, weil er anscheinend geschäftlichen (und auch sexuellen) Erfolg hatte. Rein von einer Außenseiterposition zu kandidieren ist für einen republikanischen Kandidaten unmöglich; der Freiheitswille, die Distanz gegenüber dem Staat muss durch ökonomischen Erfolg, durch Siege innerhalb der wirtschaftlichen Konkurrenz beglaubigt sein.

Trump selbst misst Erfolg nicht ausschließlich am Kontostand. Einschaltquoten und Click Rates bedeuten ihm ebenfalls sehr viel, wenn auch hohe Ratings, die sich nicht in hohe Einnahmen ummünzen ließen, sicherlich keine Begeisterung bei ihm auslösten. Kaum Beachtung wert sind ihm zahlreiche popkulturelle Varianten des Erfolgs, die cooler Attitüde, einer kurzfristigen Mode, laienhaftem Charme, ausgestellter Verweigerung gegenüber dem Geschäft oder netter, unangestrenzter Unterhaltung entspringen. Trump ist weitgehend vom älteren Show-Ethos der populären Kultur geprägt, das auf Profitum, Durchsetzungshärte, Leistungsanspruch und reibungslosem Management gründet, immer im Wissen, dass gekonnte, trickreiche Verstöße gegen dieses Ethos oft erst den Erfolg garantieren, erfolglose Verstöße aber harte Sanktionen und Missachtung nach sich ziehen müssen.

Bei Trump bleibt dieses Ethos nun einerseits intakt, andererseits aber wird es aufgelöst. Großer Erfolg ist für ihn unverändert der sichere Beleg für eine starke, professionelle Leistung und eine perfekte, kulturindustriell hergestellte Show. Erfolglosigkeit – gerade im Zuge der Erkenntnis weiter Teile des Publikums, dass mitunter getrickst, falsch gespielt und dabei der Professionalitätsanschein nicht gewahrt worden sei – würde er aber persönlich nie anerkennen. Dies wäre für ihn nicht der Nachweis, wegen mangelnder Leistung zu Recht aus der Konkurrenz ausgeschieden zu sein, sondern lediglich der Beweis, dass man ihm und den Seinen übel mitgespielt hätte. Deshalb ist für Trump das Hin und Her zwischen der Berufung auf Quantität und der Beschwörung von Essenz – zwischen der populären Kultur der Charts und jener des ›wahren Volks‹ – eine probate Lösung. ◆